

zogen und warte weiter auf die Genehmigung von oben. Viele Oppositionelle und Rechtswissenschaftler meinen allerdings, daß Song als von Volk gewählter Gouverneur für seinen Rücktritt keine Genehmigung der Zentralregierung brauche.

Abgesehen von den zwei provinzfremen Sonderstädten Taipei und Kaohsiung (Gaoxiong) sowie den zur Provinz Fujian (Fukien) gehörenden Frontinseln Jinmen (Kinmen) und Mazu (Matsu) an der Südostküste des chinesischen Festlands hat die Republik China zur Zeit nur eine Provinz Taiwan. Sie umfaßt beinahe das gesamte Gebiet und 80% der Bevölkerung der Insel Taiwan. Es bestehen also erhebliche Überschneidungen zwischen der Provinzregierung Taiwan und der Zentralregierung der Republik China seit dem Umzug von dieser nach Taiwan 1949 infolge der Niederlage im Bürgerkrieg mit den Kommunisten auf dem chinesischen Festland. Seitdem der Gouverneur Ende 1994 statt durch Ernennung von oben zum erstenmal direkt vom Volk gewählt wurde, tauchten häufig Reibungen zwischen den Regierungen der beiden Ebenen auf, zumal in Finanzfragen. Es wird auch vom persönlichen Machtkampf zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Gouverneur geredet.

Die Entmachtung der Provinzregierung war in erster Linie als Entgegenkommen der KMT gegenüber der DPP gedacht. Die DPP, die die taiwanische Unabhängigkeit von China befürwortet, will eigentlich die Provinz ganz abschaffen, ebenso wie sie auch die Abschaffung der Nationalversammlung und des Kontroll Yuan verlangt. Der auf der Nationalen Entwicklungskonferenz erlangte Konsens sieht vor, die parlamentarischen Befugnisse dieser zwei Organe durch Verfassungsänderung zu schmälern. So sollen die der Nationalversammlung in der Verfassung zugesicherten Rechte von "Initiative" und "Referendum" zur Gesetzgebung, die bislang wegen fehlender Durchführungsgesetze noch nicht in der Praxis angewandt worden sind, eingefroren werden. Auch die Mitglieder der Nationalversammlung sollen nach dem Plan in Zukunft nicht mehr durch Direktwahl von den Wählern, sondern durch Listenwahl von den Parteien bestimmt werden. Was den Kontroll Yuan anbetrifft, so soll er ihm zustehende Rechte wie Amtsanklage (Impeachment) gegen den Staatspräsidenten, Rechnungsprüfung und parlamentarische Unterdordnung an den Gesetzgebung Yuan

abgeben. Deshalb stieß der Konsens auch auf Ablehnung von vielen Mitgliedern der Nationalversammlung und des Kontroll Yuan. -ni-

*(31)

Eröffnung direkter Schifffahrtverbindung zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße im März/April erwartet

Zwischen der taiwanesischen "Taiwan Straits Shipping Association" (TSSA) und der "Association for Shipping Across the Taiwan Straits" (ASATS) des chinesischen Festlands wurde am 22. Januar in Hongkong ein Dokument zur Realisierung der direkten Schifffahrtsverbindung unterzeichnet.

Wie berichtet (C.a. 1995/5, Ü 35, und 1996/8, Ü 29), hatte Taiwan im Mai 1995 ein "Exterritoriales Schifffahrtszentrum" (ES) in Gaoxiong (Kaohsiung) eröffnet. Danach durften im ersten Schritt nur ausländische Containerschiffe einschließlich derjenigen unter FOC ("flag of convenience") fahrenden, d.h. einheimische Schiffe unter ausländischer Flagge, zwischen Gaoxiong und festlandchinesischen Häfen verkehren. Es ist ihnen weiter nur erlaubt, Güter aus Drittländern nach dem Festland oder umgekehrt beim ES von Gaoxiong umzuladen. Güter von beiden Seiten der Taiwan-Straße können nicht über ES, sondern müssen weiter über eine Drittregion befördert werden. Nach der von Beijing am 20. August 1996 erlassenen Bestimmung über Schifffahrtsverbindungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße dürfen hingegen nur die auf dem chinesischen Festland oder Taiwan registrierten Reedereien an der direkten Schifffahrt zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße teilnehmen. Sie können allerdings nicht nur Güter, sondern auch Passagiere befördern.

Die Vorschriften beider Seiten weichen also weit voneinander ab. Während Taipei von seinem politischen Standpunkt "ein chinesischer Staat, zwei gleichberechtigte politische Gebilde" aus die Schifffahrtverbindung zwischen beiden Seiten als "quasi internationale" Angelegenheit ansieht, ist Taiwan für Beijing eine Provinz der VR China und die Schifffahrtverbindung zwischen beiden Seiten damit eine Sonderregelung des "inländischen" Verkehrs. Diesen Gegensatz haben die TSSA und die ASATS als private Schifffahrtsverbände bei ihren Verhandlungen in Hongkong auch nicht überbrücken können. Die Vereinbarung beinhaltet nur die Über-

prüfung der Eignung von Schiffen für die Teilnahme am Schiffsverkehr zwischen den beiden Seiten der Taiwan-Straße und die Behandlung sonstiger damit in Zusammenhang stehender Fragen technischer Art. Die endgültige Lizenz muß noch von den Behörden beider Seiten erteilt werden.

An den Verhandlungen in Hongkong nahmen auch Regierungsvertreter beider Seiten als "Berater" teil, haben aber das Protokoll nicht mit unterschrieben. Während Beijing die Vereinbarung als "Probe direkter Schifffahrt zwischen bestimmten Häfen" (Xiamen, Fuzhou und Gaoxiong) bezeichnet, will Taiwan sie nicht als "direkte" Schifffahrtverbindung zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße verstehen. (LHB, 23.1.97; FCJ, 24. und 31.1.97; DGB, 24.1.97) -ni-

Hongkong und Macau

*(32)

"Kabinett" der künftigen Regierung Hongkongs gebildet

Der designierte Regierungschef (Chief Executive) von Hongkong, Tung Chee-hwa (Dong Jianhua), hat am 24. Januar elf Mitglieder des Exekutivrats (Executive Council) der künftigen Regierung Hongkongs nach der Rückkehr an China ernannt (die britische Kolonie wird in vier Monaten, am 1. Juli d.J., an China zurückgegeben). Wie berichtet (C.a. 1996/12, S. 1161ff), hatte ein von der chinesischen Seite eingesetztes Auswahlkomitee den Reedertycoon Tung zum ersten Regierungschef der Sonderverwaltungszone (SVZ) Hongkong unter chinesischer Souveränität gewählt. Der Exekutivrat, den man auch als "Kabinett" bezeichnet, hat nur eine Beratungsfunktion. Abgesehen von den ex-officio-Mitgliedern haben die ernannten Mitglieder kein Ressort. Insgesamt wird es im künftigen Exekutivrat unter Tung 15 Mitglieder geben. Neben ihm als Ratsvorsitzendem wird es noch drei ex-officio-Mitglieder geben. Da die amtierende Chief Secretary Anson Chan (Chen-Fang Ansheng) von Tung gebeten wurde, in diesem zweithöchsten Amt von Hongkong zu bleiben, soll sie selbstverständlich auch ex-officio-Mitglied des Rats sein.

Unter den 11 ernannten Mitgliedern des Exekutivrats sind zwei im jetzigen Exe-

kutivrat der britischen Kolonialregierung, drei sind gleichzeitig Mitglieder des von China eingesetzten "Provisorischen Legislativrats" (Parlament). Auch die meisten anderen sind als beijing-freundlich einzustufen, und die Wirtschaft ist unter ihnen stark vertreten. (FT, 25./26.1.97; SCMP, 25.1.97; DGB, 26.1.97) -ni-

*(33)

Sorgen um die Menschenrechte in Hongkong nach dem Machtwechsel

Nach mehr als drei Jahren Haft wurde der Hongkonger Journalist Xi Yang, der wegen des Berichts über einen Wirtschaftsbeschluß der chinesischen Regierung vor der offiziellen Bekanntgabe zu zwölf Jahren Haft verurteilt worden war, am 25. Januar zur Bewährung freigelassen und ist nach Hongkong zurückgekehrt. Die Entlassung wurde als Geste zur Beruhigung der Bevölkerung Hongkongs gewertet, die sich Sorgen um die Pressefreiheit und andere Einschränkungen ihrer Bürgerrechte nach der Rückgabe der britischen Kolonie am 1. Juli an Beijing machen. (SZ, 27.1.97) Die chinesische Seite besteht jedoch weiterhin auf die Abschaffung bzw. Änderungen von 25 Gesetzen und Bürgerrechten zum Machtwechsel am 1. Juli d.J. - das stellte der designierte Regierungschef der künftigen Sonderverwaltungszone Hongkong unter chinesischer Souveränität, Tung Chee-hwa (Dong Jianhua), klar. Er äußerte sich am 23. Januar erstmals zu den umstrittenen Plänen und verteidigte Chinas Standpunkt in vollem Umfang. "Mit einem Rückschritt in Sachen Menschenrechte und Demokratie hat das nichts zu tun, es geht um das Gleichgewicht zwischen individuellen Rechten und dem Allgemeinwohl", sagte er. Zur Begründung erklärte er, Polizeikontrollen, Anmeldepflicht von Demonstrationen und Registrierung politischer Gruppen mit Verbindungen ins Ausland dienen der sozialen Ordnung. (FAZ und SZ, 25./26.1.97; DGB, 25.1.97)

Zu den bald nicht mehr gültigen Gesetzen gehören auch die Wahlgesetze, das Datenschutzgesetz, das Recht auf friedliche Demonstrationen und Bestimmungen zum Schutz politischer Parteien. Verändert werden soll auch das Gesetz zur freien Betätigung politischer Gruppen wie Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und Studentenverbände. Sie sollen künftig stärker kontrolliert und ihre Kontakte zu ausländischen Partnerorganisationen verboten werden.

Der Studentverband Asiens kündigte als erste solche Organisation an, er werde seinen Sitz in Kürze von Hongkong nach Bangkok verlegen.

In Panik sind außerdem Zehntausende von Hongkong-Chinesen geraten, die in den vergangenen Jahren einen britischen Paß beantragt haben. Mit der geplanten Abschaffung der Verordnung zum Dienstgeheimnis in der Einwanderungsbehörde wäre es den Angestellten dort erlaubt, die Namen der Antragsteller an die chinesischen Behörden weiterzugeben. (SZ, 22.1.97) -ni-